

«Die Verschuldung junger Menschen ist ein akutes Problem»

Schuldenberater sorgt sich um steigende Zahl an verschuldeten jungen Menschen

Von Selim Jung

Junge St.Gallerinnen und St.Galler verschulden sich immer häufiger. Dies zeigen die neusten Statistiken des Betriebsamts Stadt St.Gallen. Zurückzuführen ist der Anstieg unter anderem auf die mangelnde Finanzkompetenz junger Menschen.

Schuldenprävention Vor rund einer Woche reichte SP-Stadtparlamentarier Chompel Balok eine einfache Anfrage beim Stadtrat ein, in der er auf die steigende Zahl verschuldeter Jugendlicher und junger Erwachsener aufmerksam macht. In seiner Anfrage weist Balok darauf hin, dass es in der Stadt St.Gallen momentan noch keine Zentrale Schuldenpräventionsstelle gibt, wie das zum Beispiel in der Stadt Zürich der Fall ist. «Persönlich würde ich es sehr begrüßen, wenn die Schuldenprävention als eine wichtige Aufgabe der Stadt erkannt und eingestuft würde. Der Status Quo ist auf jeden Fall unbefriedigend und wird der heutigen Realität von jungen Menschen nicht gerecht», so Balok. Der Stadtparlamentarier sieht dringenden Handlungsbedarf und verweist dabei auf Statistiken des Betriebsamts St.Gallen. Diese zeigen, dass der Anteil an Betreibungen bei Menschen, die jünger als 25 Jahre alt sind, von 2021 bis 2023 von 6,5 Prozent auf 10,2 Prozent angestiegen ist, wohingegen alle übrigen Altersgruppen konstante Zahlen aufweisen. Das Betriebsamt stellt fest, dass rund 20 Prozent aller Betreibungen auf Forderungen der Krankenkassen entfallen und weitere 20 Prozent auf Steuerforderungen. Die restlichen 60 Prozent setzen sich aus verschiedenen Forderungsarten zusammen, unter anderem aus Privatkrediten, Kreditkartenrechnungen, Leasing-Geschäften, Online-Shopping-Rechnungen oder auch famili-



lienrechtlichen Unterhaltsverpflichtungen.

Es lauern viele Gefahren

Dass die Verschuldung junger Menschen immer mehr zunimmt, bestätigt Lorenz Bertsch (55), Bereichsleiter Sozial- und Schuldenberater bei Caritas St. Gallen-Appenzell und Leiter des Fachbereichs Sozialpolitik. Er rechnet damit, dass die Zahlen in den kommenden Jahren weiter steigen werden, wenn man jetzt nicht etwas unternimmt. «Die Verschuldung junger Menschen ist ein akutes Problem. Zwar werden unsere Schuldenberatungsstellen allgemein vermehrt in Anspruch genommen – in diesem Jahr sind es etwa 20 Prozent Beratungen mehr als im vergangenen Jahr – bei jungen Menschen ist der Anstieg allerdings besonders gross», sagt Bertsch. Für diese Entwicklung gebe es diverse Gründe. Einer davon ist beispielsweise das Fehlen einer erstmaligen Berufsausbildung. Junge Menschen, die ihre Lehre abbrechen, rutschen überdurchschnittlich häufig in die Schul-

denspirale. «Nach einem Lehrabbruch arbeiten junge Menschen häufig irgendwo im Tieflohnsegment ohne Generalarbeitsvertrag. Diese Leute haben ohnehin schon wenig Geld zur Verfügung. Verlieren sie dann auch noch den Job, erhalten sie als Arbeitslosenentschädigung gerade noch 70 Prozent dieses Lohns. Damit hat man keine Chancen, seine Kosten zu decken», so Bertsch. Wenn sich junge Menschen verschulden, hänge dies oft mit so einem Schicksalsschlag wie plötzlicher Arbeitslosigkeit oder Krankheit zusammen. Hinzu komme, dass es noch nie so einfach war, sich zu verschulden wie heute. Online-Shopping rund um die Uhr, digitale Bezahlmöglichkeiten per Smartphone oder Ratenzahlungen auch bei kleineren Beträgen bergen grosse Risiken. So ist es seit 2023 zum Beispiel auch möglich, Rechnungen über die Twint-App anstatt sofort, innert 30 Tagen zu bezahlen. «Grundsätzlich müsste man all diese Möglichkeiten verbieten oder mindestens regulieren. Der Banken-

sektor ist allerdings in der Schweiz so stark, dass man auf politischem Weg keine Chance hat, so etwas zu verbieten», so Bertsch.

Jungen fehlt es an Finanzkompetenz

Den Hauptgrund für die Zunahme an verschuldeten Jugendlichen und Jungen Erwachsenen sieht Bertsch jedoch woanders: Vielen jungen Menschen fehle es an Finanzkompetenzen. «In Beratungsgesprächen merke ich immer häufiger, dass viele nicht wissen, welche Kosten nach der Lehre auf sie zukommen. Das ist etwas, das sie in der Schule einfach nicht lernen», so Bertsch. Junge Menschen seien überfordert. Vor rund zwei Jahren versuchte Bertsch deswegen bereits, gemeinsam mit dem Bildungsdepartement des Kantons St.Gallen eine Präventionsstelle aufzubauen. Die Idee war, dass der Kanton jemanden einstellt, der in den Berufs- und weiterführenden Schulen unterwegs ist, um den Schülerinnen und Schülern Finanzkompetenzen beizubringen. Das

Amt für Bildung lehnte den Vorschlag damals allerdings ab. «Es hiess damals, das Thema sei im Lehrplan 21 inbegriffen. In Gesprächen mit Lehrpersonen habe ich allerdings gemerkt, dass es für sie kaum möglich ist, dies so umzusetzen, wie das Amt für Bildung sich das vorgestellt hat. Auch, weil gewisse Kompetenzen bei den Lehrpersonen fehlen», so Bertsch. Für ihn ist die zunehmende Verschuldung bei Menschen unter 25 Jahren nach wie vor nur über die Förderung ihrer Finanzkompetenzen zu fördern. An seiner Idee jemanden einzustellen, der in die Schulen geht und junge Menschen diesbezüglich schult, hält er daher weiterhin fest. Nicht zuletzt auch, weil der Kanton damit auf lange Sicht Kosten sparen könnte. «Je mehr junge Menschen wir finanzfit machen, desto mehr von ihnen bezahlen auch Steuern und bringen dem Kanton Einnahmen. Auf lange Sicht können die Gemeinden und der Kanton davon nur profitieren», so Bertsch.

Stadt Zürich als Vorbild

Stadtparlamentarier Balok regt in seiner einfachen Anfrage die Prüfung einer zentralen Schuldenpräventionsstelle nach dem Vorbild der Stadt Zürich in der Stadt St.Gallen an. «Dadurch, dass die Präventionsstelle in Zürich bei der städtischen Verwaltung angesiedelt ist, können wichtige Ursachen-Wirkung-Zusammenhänge erkannt und direkt bearbeitet werden. Ob dies auch in St.Gallen möglich ist, kann der Stadtrat erst nach sorgfältiger Prüfung beantworten», so Balok. Ein grosses Verschuldungspotenzial sieht Balok auch bei der Steuerrechnung. Deswegen will er vom Stadtrat wissen, ob dieser in Betracht ziehe, in einem Pilotprojekt gemeinsam mit Arbeitgebenden ein freiwilliges Angebot zu schaffen, bei dem Menschen unter 25 Jahren die Steuern automatisch vom Lohn abgezogen würde.